

20/2020 17. DEZEMBER

- 3 **Konjunktur** Wieder aufwärts trotz Corona
- 4 **Private Equity** Einstieg von Finanzinvestoren ist häufig belastend für Unternehmen
- 6 **Arbeitswelt** Betriebe müssen sich auf Ältere einstellen
- 7 **Metallindustrie** Facharbeit bleibt gefragt

CORONA

Sorge um den Zusammenhalt wächst

Verschwörungsmythen haben mit der zweiten Corona-Welle an Zustimmung eingebüßt, doch die soziale Spaltung in der Pandemie nimmt zu.

Parallel zum Aufflammen des Infektionsgeschehens und zum „Lockdown Light“ ist die Empfänglichkeit für Corona-Verschwörungsmythen in Deutschland deutlich zurückgegangen – um fast ein Drittel. Zugleich hat aber auch die Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung in der Bevölkerung spürbar abgenommen. Neben der Angst, an Covid-19 zu erkranken, erreicht auch die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt einen neuen Höchststand. Und das kommt nicht überraschend: Die Zahl der Erwerbspersonen, die durch die Pandemie Einkommensverluste erlitten haben, ist weiter gestiegen. Und besonders deutlich ist die Zunahme bei Erwerbstätigen mit bereits zuvor niedrigen Einkommen, die seltener von Sicherungsmechanismen am Arbeitsmarkt erfasst sind. Damit erhärten sich die Indizien für eine Zunahme der sozialen Ungleichheit im Zuge der Coronakrise, wie neue Ergebnisse aus der Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung zeigen.

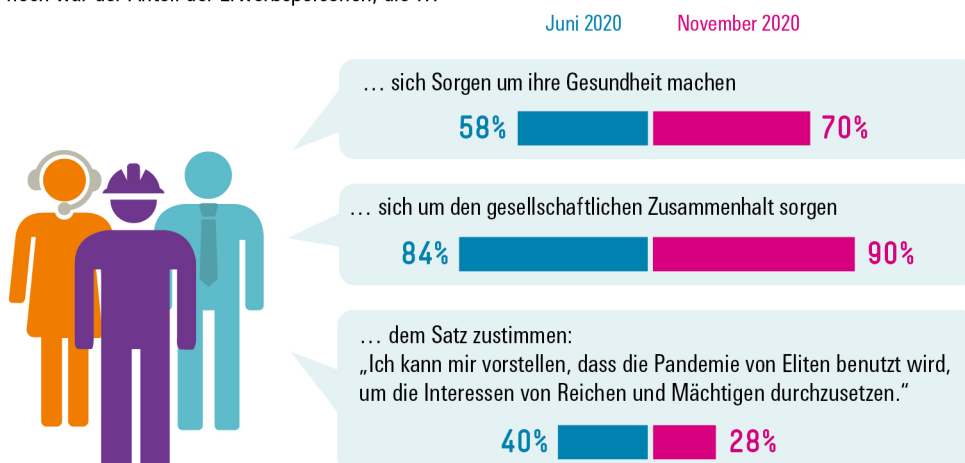
Im November 2020, und damit nach Beginn der verstärkten Kontaktbeschränkungen, sind im Auftrag der Stiftung mehr als 6100 Erwerbstätige und Arbeitsuchende online befragt worden. Dieselben Personen hatten bereits im April und im Juni Auskunft gegeben, so dass sich ablesen lässt, wie sich Einstellungen zur und Belastungen durch die Pandemie im Zeitverlauf entwickeln.

„Die Menschen nehmen in der zweiten Welle die Bedrohung durch die Pandemie sehr deutlich wahr. Dabei wird Corona intensiver als zuvor wieder als medizinische Krise erlebt: 70 Prozent der Befragten machen sich aktuell Sorgen um ihre Gesundheit, zwölf Prozentpunkte mehr als im Sommer. Das verdrängt aber nicht die Sensibilität für die sozialen Aspekte. So ist die Quote der Menschen, die sich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland sorgen, noch einmal gestiegen: Befürchtungen über ein Auseinanderdriften der Gesellschaft äußern

jetzt 90 Prozent der Befragten, nach schon enorm hohen 84 Prozent im Juni“, so Bettina Kohlrausch, WSI-Direktorin und Professorin für gesellschaftliche Transformation an der Universität Paderborn. Die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt treibe damit auch viele Befragte um, die akut nicht um ihre eigene wirtschaftliche Situation fürchten – das tun aktuell 58 Prozent – oder das akute Risiko sehen, infolge der Krise arbeitslos zu werden, was auf 13 Prozent zutrifft. Beide Werte sind seit Juni angestiegen, allerdings nur leicht. >>>

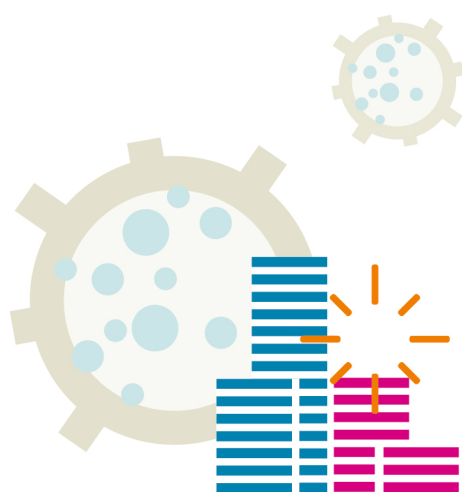
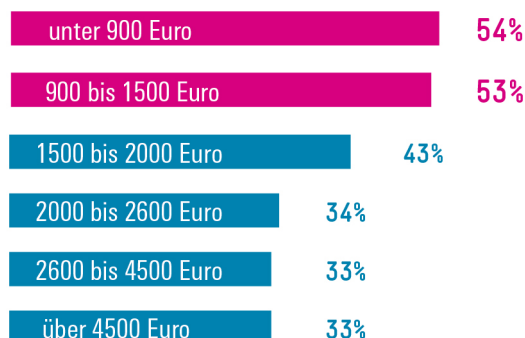
Reale Sorgen nehmen zu

So hoch war der Anteil der Erwerbspersonen, die ...



Pandemie schmälert vor allem geringe Einkommen

Einbußen hatten infolge der Coronakrise* von den Erwerbspersonen mit einem Netto-Individualeinkommen von



* bis November 2020
Quelle: WSI 2020

Hans Böckler
Stiftung

40 Prozent haben Einkommen verloren

Parallel dazu ist die Empfänglichkeit für Verschwörungsmäthen zuröckgegangen. So stimmen aktuell 28 Prozent der Befragten der Aussage zu: „Ich kann mir vorstellen, dass die Pandemie von Eliten benutzt wird, um die Interessen von Reichen und Mächtigen durchzusetzen.“ Das ist ein Röckgang um zwölf Prozentpunkte oder knapp ein Drittel gegenöber Juni. 95 Prozent der im November befragten Erwerbspersonen gaben an, sich an die Hygieneregeln zu halten und Maske zu tragen. 86 Prozent reagieren nach eigener Angabe wütend, wenn sich andere Menschen fahrlässig nicht an Corona-Sicherheitsvorkehrungen halten. Zugleich ist allerdings auch die Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung spürbar gesunken. 55 Prozent zeigen sich aktuell zufrieden oder sehr zufrieden damit, während es vor sechs Monaten 65 Prozent waren.

„Dass gleichzeitig die Empfänglichkeit für Verschwörungsmäthen und die Akzeptanz von Anti-Krisen-Politik der Regierung sinken, wirkt erst einmal überraschend“, sagt die Soziologin Kohlrausch. Die Daten lieferten aber Erklärungsansätze, die alle eine Rolle spielen dürften: Erstens gebe es wahrscheinlich mehr Menschen als im Sommer, denen aus Sorge um ihre Gesundheit etwa der „Lock-down Light“ noch nicht konsequent genug ist. Zweitens

habe die Zahl der Menschen weiter zugenommen, die im Zuge der Pandemie Einkommenseinbußen erlitten haben: Im November berichteten rund 40 Prozent der Befragten, im Laufe der Krise Einkommen verloren zu haben. Im Juni waren es gut 32 Prozent. Drittens zeige sich weiterhin, dass die Pandemie bestehende soziale Unwuchten verstärkt, erklärt Kohlrausch: „Menschen, die schon vorher ein niedrigeres Einkommen und eine weniger sichere Position auf dem Arbeitsmarkt hatten, sind besonders oft von Einbußen betroffen.“

So berichtete im November öber die Hälfte der Befragten mit einem Nettoeinkommen unter 1500 Euro monatlich von Einkommenseinbußen während der Coronakrise. Unter den Befragten mit einem Einkommen ab 2000 Euro war hingegen nur rund ein Drittel betroffen. Im Juni lagen die Werte bei 43 beziehungsweise 26 Prozent. Damit erhärten die neuen Daten die Einschätzung des WSI, dass in diesem Jahr die Einkommensungleichheit in Deutschland zunehmen dürfte. Gleichzeitig ist unter den Befragten mit niedrigen Haushaltseinkommen die Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Regierung deutlich geringer als in Gruppen mit höheren Einkommen.

Kurzarbeitergeld:

Mit Tarif wird fast doppelt so oft aufgestockt

Ein wesentlicher Grund für Einkommenseinbußen ist neben Umsatzverlusten bei Selbständigen nach wie vor Kurzarbeit, von der nach den neuen Daten im November sieben Prozent der Befragten betroffen waren. Das entspricht hochgerechnet rund 2,3 bis 2,4 Millionen Personen, von denen jeder Zweite schon länger als sechs Monate in Kurzarbeit war. Zwar sichert Kurzarbeit damit nach wie vor zahlreiche Arbeitsplätze, sie bedeutet für Betroffene aber trotzdem oft empfindliche Verdiensteinbußen. Diese werden aktuell bei 41 Prozent der Kurzarbeitenden durch eine Aufstockung des gesetzlichen Kurzarbeitergeldes gemildert. Von den Betroffenen, die nach einem Tarifvertrag bezahlt werden, erhielten 52 Prozent eine Aufstockung, ohne Tarifvertrag waren es lediglich 27 Prozent. „Das macht deutlich: Sicherungsmechanismen wie Sozialversicherung oder Tarifverträge funktionieren auch in einer langen, schweren Krise. Aber zu viele Menschen werden davon nicht voll erfasst – und das sind vor allem Beschäftigte mit ohnehin niedrigem Einkommen“, so Kohlrausch. <



MEHR IM PODCAST

Die Corona-Pandemie föhrt zu einer Verschärfung der sozialen Ungleichheit. WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch erläutert im Podcast, wie es dazu kommt und was dagegen getan werden sollte.

<https://www.boeckler.de/de/podcasts-22421-Corona-soziale-Ungleichheit-Verteilungsgerechtigkeit-Kohlrausch-28594.htm>

Wieder aufwärts trotz Corona

Nach dem drastischen Einbruch der Wirtschaftsleistung in diesem Jahr erwartet das IMK 2021 eine deutliche Erholung – auch wenn die Krise noch längst nicht ausgestanden ist.

Das Jahr 2020 hinterlässt eine tiefe Kerbe in der Konjunkturkurve. Allein von Februar bis April brach die deutsche Industrieproduktion um beinahe 30 Prozent ein. Vor allem Exporte und Investitionen kamen erheblich ins Stocken, aber auch der private Verbrauch ging zurück. „Die schnelle Reaktion der wirtschaftspolitischen Akteure mit zahlreichen Stützungsmaßnahmen, insbesondere der Kurzarbeitergeldregelung, verhinderte jedoch einen noch viel stärkeren Rückgang“, so die jüngste Konjunkturanalyse des IMK. Seit Mai habe sich die Wirtschaft erholt und im dritten Quartal „außerordentlich kräftig“ expandiert. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sei gegenüber dem vorigen Quartal um 8,5 Prozent gestiegen.

Mit den Lockerungen der Kontaktbeschränkungen und der Wiederherstellung der Lieferketten kamen Nachfrage und Produktion wieder in Gang. Die zwischenzeitlich stark gestiegene Sparquote ging laut IMK-Analyse zurück und die Verbraucher haben die „nunmehr wieder gegebenen Kaufmöglichkeiten weidlich genutzt“. Für den Winter, in dem Dienstleistungsbranchen wie Teile des Handels und die Gastronomie durch den erneuten Lockdown zeitweilig starke Umsatzeinbußen erleiden, prognostiziert das IMK eine gesamtwirtschaftliche Stagnation, schließt einen leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung aber nicht aus. Der Internethandel dürfte immerhin weiter expandieren und mit einem erneuten Zusammenbruch der Lieferketten sei nicht zu rechnen.

2021 wird das deutsche BIP der Prognose zufolge um 4,9 Prozent höher ausfallen als im Vorjahr, in dem es um 5 Prozent gesunken ist. Dahinter steht die Erwartung einer kräftig zunehmenden privaten Nachfrage bei spürbar steigenden Löhnen und Gehältern – die Tariflöhne „dürften mit 1,9 Prozent nur geringfügig weniger zunehmen als in diesem Jahr“. Eine weitere Triebfeder ist der Welthandel, der um gut 9 Prozent zunehmen dürfte. Sowohl für die USA als

auch für China sehen die IMK-Forscher im kommenden Jahr deutliches Wachstum voraus. Auch die europäischen Volkswirtschaften werden, nicht zuletzt infolge des 750 Milliarden Euro schweren Aufbauprogramms, zulegen.

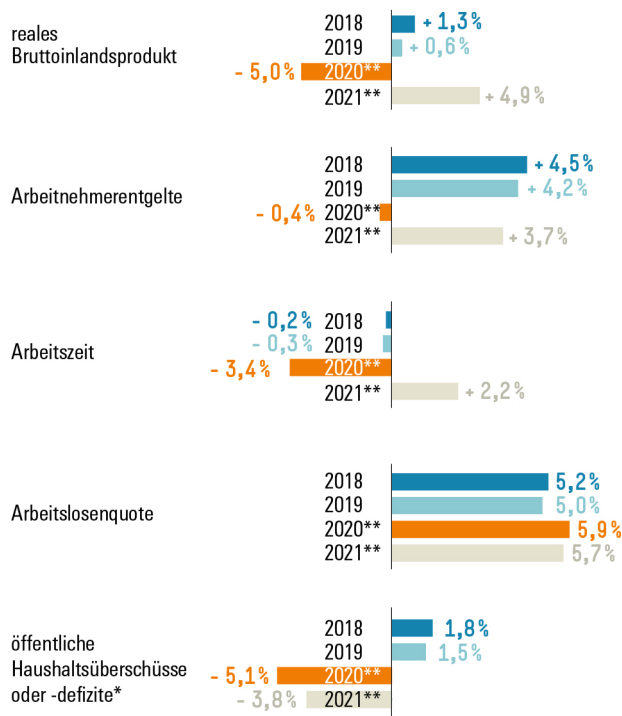
Die deutsche Finanzpolitik wird im kommenden Jahr nicht mehr ganz so expansiv wirken wie 2020. Das Defizit der öffentlichen Haushalte dürfte von 5,1 Prozent des BIP auf 3,8 Prozent sinken. Die gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizite der Jahre 2020 und 2021 werden sich auf gut 300 Milliarden Euro belaufen. Der öffentliche Schuldenstand, 2019 noch unterhalb des Maastricht-Grenzwerts von 60 Prozent des BIP, dürfte 2020 auf über 70 Prozent des BIP ansteigen und auch im kommenden Jahr auf einem hohen Niveau verharren. Das ist allerdings immer noch deutlich weniger als nach der Finanzkrise 2008/2009.

Die Folgen der Krise für den Arbeitsmarkt sind dank Instrumenten wie der Kurzarbeit gemessen am Rückgang des BIP zwar relativ überschaubar. Dennoch wird das Vorkrisenniveau bei Arbeitslosigkeit und Beschäftigung laut IMK bis Ende 2021 noch nicht wieder erreicht sein. Die Zahl der Arbeitslosen wird nach den Berechnungen im kommenden Jahr um 67000 zurückgehen. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,7 Prozent und 2,6 Millionen Menschen ohne Job.

Die IMK-Forscher stellen ihre Vorhersagen unter einen gewissen Vorbehalt: Sollte „die zweite Infektionswelle wesentlich stärker und länger ausfallen“, als derzeit absehbar ist, hätte dies auch Folgen für die künftige wirtschaftliche Entwicklung. Ein weiteres Konjunkturrisiko stellt ein möglicher harter Brexit dar, falls die Verhandlungen zwischen der EU und Großbritannien endgültig scheitern. Dies wäre eine ernste Belastung für die deutsche Exportwirtschaft. <

Wirtschaft erholt sich

So entwickeln sich in Deutschland ...



* in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, ** Prognose
Quelle: IMK 2020

Hans Böckler
Stiftung

Quelle: Sebastian Dullien u. a.: Konjunkturelle Erholung setzt sich nach Dämpfer fort, IMK-Report Nr. 163, Dezember 2020

Einstieg von Finanzinvestoren ist häufig belastend für Unternehmen

Wird ein Unternehmen durch einen Private-Equity-Investor übernommen, leiden darunter Beschäftigung und Finanzlage. Auch wenn der Finanzinvestor nach wenigen Jahren aussteigt, bleibt es unruhig.

Schwache Beschäftigung, mehr Schulden, weniger Eigenkapital und daher ein höheres Insolvenzrisiko: Unternehmen, die von Finanzinvestoren aufgekauft werden, entwickeln sich in den Jahren nach der Übernahme vergleichsweise schlecht. Das zeigt eine Studie des Finanzierungsexperten Christoph Scheuplein vom Institut Arbeit und Technik, die das I.M.U. der Hans-Böckler-Stiftung gefördert hat. Unternehmen seien nach der Übernahme durch einen Finanzinvestor „deutlichen Belastungen“ ausgesetzt, schreibt der Wissenschaftler. Besonders betroffen seien Firmen, die von einem Investor zum nächsten weiterverkauft werden, was häufig passiert. Ein solcher Secondary Buyout nach wenigen Jahren erzeuge zusätzlichen Druck – nicht selten verbunden mit erneuten Veränderungen von Unternehmensstrategien, Geschäftsfeldern, Standorten und mit zusätzlichen Schulden.

Der Forscher hat die wirtschaftliche Entwicklung von Unternehmen in Deutschland untersucht, die 2013 von einer

Private-Equity-Gesellschaft übernommen worden sind. Insgesamt waren das in dem Jahr 156 Unternehmen. Für 103 dieser Firmen waren über Geschäftsberichte und Unternehmensdatenbanken detaillierte Informationen verfügbar. Jedem dieser Unternehmen stellte der Wissenschaftler ein Unternehmen ohne Finanzinvestor gegenüber, das in seiner Ausrichtung und Größe vergleichbar ist. So konnte er herausarbeiten, wie sich unter anderem Wachstum, Beschäftigung und Finanzlage in den zwei Jahren vor und in den Jahren nach der Übernahme bis 2017 im Vergleich zu Unternehmen ohne Private Equity entwickelt haben.

Wenig Interesse an nachhaltiger Entwicklung

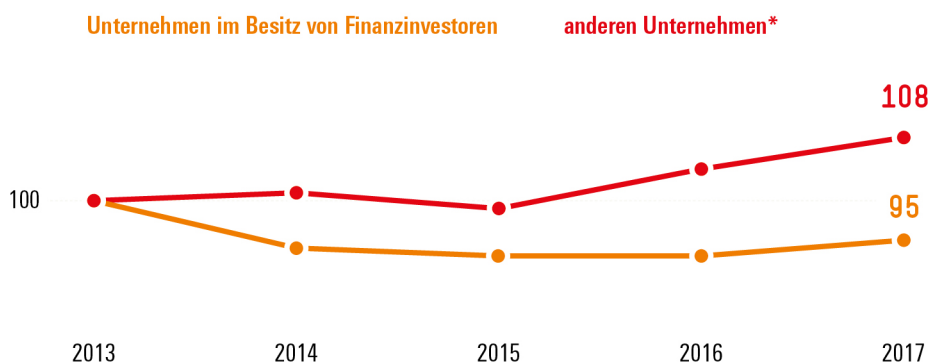
Private-Equity-Gesellschaften gelten als besonders aktive Finanzinvestoren. Ihr Geschäftsmodell besteht aus dem Kaufen und Verkaufen von Unternehmen. Der Kauf wird größtenteils mit Fremdkapital finanziert, das anschließend nicht selten den übernommenen Firmen als neue Verschuldung aufgeladen wird. Das Engagement ist meist kurzfristig angelegt. Ein Grund: Die Gesellschaften beschaffen Kapital überwiegend über Fonds, in denen institutionelle Investoren und vermögende Privatpersonen ihr Geld anlegen. Die Laufzeit dieser Fonds ist in der Regel begrenzt, in dieser Zeit muss eine möglichst hohe Rendite erzielt werden. Nach der Veräußerung von Vermögenswerten, dem Abstoßen von vermeintlichen Randbereichen, Outsourcing, Aufspaltung und Stellenabbau werden die Unternehmen häufig weiterverkauft.

Die Laufzeit dieser Fonds ist in der Regel begrenzt, in dieser Zeit muss eine möglichst hohe Rendite erzielt werden. Nach der Veräußerung von Vermögenswerten, dem Abstoßen von vermeintlichen Randbereichen, Outsourcing, Aufspaltung und Stellenabbau werden die Unternehmen häufig weiterverkauft.

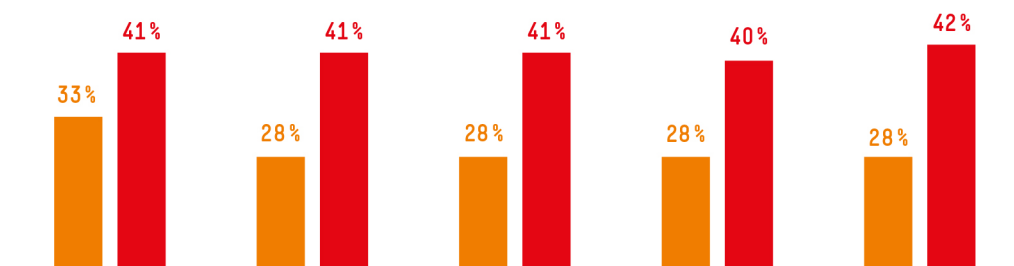
Einen Sonderfall stellen Private-Equity-Gesellschaften dar, die eine Buy-and-Build-Strategie verfolgen. Sie kaufen ein Unternehmen, das sie als Plattform nutzen, um es innerhalb kurzer Zeit durch weitere Zukäufe zu einem dominie-

Schwache Beschäftigung und weniger Eigenkapital nach Übernahme

So entwickelte sich die Gesamtbeschäftigung in ...



So entwickelte sich die Eigenkapitalquote ...

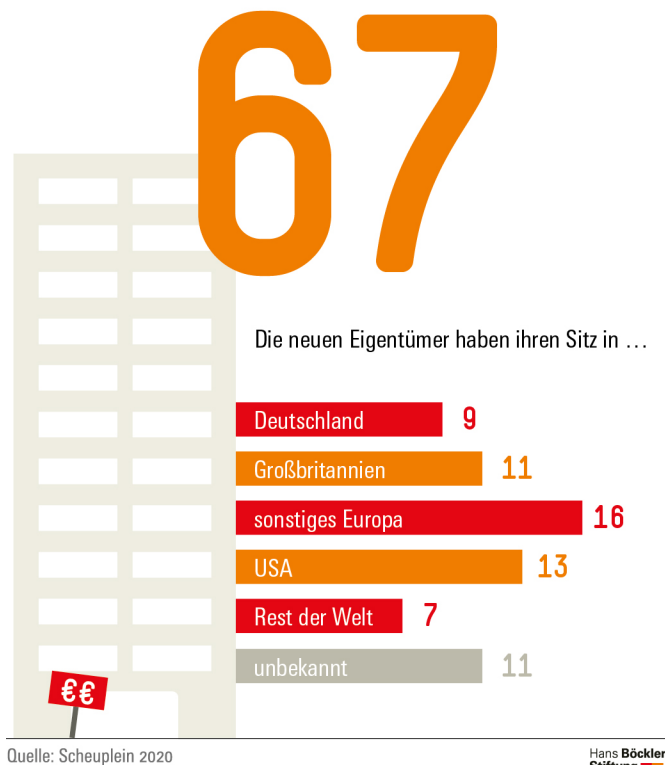


* vergleichbar nach Branche und Größe; Index: 2013 = 100
Quelle: Scheuplein 2020

Hans Böckler
Stiftung

Viele Finanzinvestoren bleiben nur kurz

Von 103 Unternehmen in Deutschland, die 2013 von Finanzinvestoren gekauft worden waren, hatten bis September 2019 den nächsten Eigentümer ...



renden Konzern auszubauen. Seit der Finanzkrise hat diese Strategie an Bedeutung gewonnen – beispielsweise im deutschen Gesundheitssektor, wo Finanzinvestoren in den vergangenen Jahren verstärkt Pflegeheime, Pflegedienste oder Facharztpraxen gekauft und zu großen Ketten zusammengeschlossen haben. Die Unternehmen, die Teil einer Buy-and-Build-Strategie waren, wiesen in den Jahren nach der Übernahme ein sehr hohes Umsatz- und Beschäftigungswachstum auf, was jedoch in erster Linie durch Zukäufe und nicht durch organisches Wachstum erreicht wurde.

Weniger Beschäftigung

In seiner Studie hat Scheuplein daher die Beschäftigungsentwicklung der Buy-and-Build-Unternehmen separat betrachtet. Ein direkter Vergleich mit Unternehmen ohne Beteiligung von Private Equity war nur bei Firmen möglich, die nach der Übernahme weiterhin eigenständig geblieben sind. Und bei diesen Firmen zeigt sich eine negative Entwicklung: Vor allem im Jahr der Übernahme sank die Zahl der Beschäftigten bei den eigenständigen Unternehmen im Besitz von Private Equity, danach stagnierte sie bis 2017. Im gleichen Zeitraum, der geprägt war von einer guten allgemeinen Wirtschaftslage, legte die Beschäftigung in den Vergleichsunternehmen ohne Finanzinvestor zu. Am Ende hatte sich die Gesamtbeschäftigung in den Unternehmen im Besitz von Private Equity knapp 13 Prozentpunkte schlechter entwickelt als in den anderen Unternehmen.

Mehr Schulden

Nach dem Einstieg von Finanzinvestoren verschlechterte sich auch die Finanzlage der Unternehmen, und zwar unabhängig von der jeweiligen Strategie. 2017, vier Jahre nach der Übernahme, wiesen sie eine durchschnittliche Eigenkapitalquote von rund 28 Prozent auf. Demgegenüber kamen die Vergleichsunternehmen auf eine Quote von circa 42 Prozent. Unternehmen, die im Rahmen eines Secondary Buyouts an den nächsten Finanzinvestor weiterverkauft wurden, hatten sogar eine noch niedrigere Eigenkapitalquote, sie betrug 2017 im Schnitt nur rund 15 Prozent. Dies sei ein Beleg dafür, dass „insbesondere ein wiederholter Verkauf an eine Private-Equity-Gesellschaft die Eigenkapitaldecke eines Unternehmens deutlich verringert“, schreibt Scheuplein. Hinzu kommt, dass mit der Verschuldung auch die Zinsbelastung der Unternehmen im Jahr der Übernahme und den beiden Folgejahren deutlich zunahm, während die Vergleichsunternehmen von der Niedrigzinsphase profitierten und ihre Zinsbelastung senken oder stabil halten konnten.

Die höhere Verschuldung der Firmen im Besitz von Private Equity führte häufiger zu Pleiten. Bis September 2019 mussten 14 der 156 untersuchten Unternehmen Insolvenz anmelden, also rund neun Prozent. Dabei handelte es sich überwiegend um eher kleine, lange etablierte Unternehmen, die zuvor von einem deutschen Familieneigentümer geführt worden waren. Etwas mehr als die Hälfte der Firmen kam aus dem Verarbeitenden Gewerbe. Die Insolvenzquote der von Finanzinvestoren geführten Unternehmen lag insgesamt doppelt so hoch wie beim Durchschnitt der deutschen Unternehmen.

Schneller Weiterverkauf

Laut Scheuplein geht mit dem Einstieg von Private Equity häufig ein Wandel der Unternehmenskultur einher: von „geduldigem“ zu „ungeduldigem Kapital“. Vorher zählten strategische Investoren und Familien zu den wichtigsten Eigentümern. Sie seien in der Regel auf Stabilität bedacht gewesen. Nach ihrem Ausstieg kehrten die Familieneigentümer nicht wieder zurück. Finanzinvestoren etablierten sich dauerhaft als größte Eigentümergruppe – selbst nach dem Weiterverkauf. Häufig wurden Unternehmen von einem Finanzinvestor zum nächsten weitergereicht. Von den untersuchten Unternehmen, die 2013 übernommen worden waren, hatten bis 2019 fast zwei Drittel schon wieder einen neuen Eigentümer – in vielen Fällen war dies erneut ein Finanzinvestor. „Durch die einander abwechselnde Eigentümerschaft verschiedener Finanzinvestoren werden kurz- und mittelfristige Zeithorizonte bei einer strikten Renditeorientierung und einer geringen Bindung an Branchen-Gepflogenheiten etabliert“, schreibt der Forscher. Außerdem ließ sich eine Internationalisierung der Eigentümer beobachten: Die neuen Besitzer stammten in den meisten Fällen aus dem Ausland, meist aus den USA, Großbritannien oder anderen europäischen Ländern. Nur gut 13 Prozent der Unternehmen, die bis September 2019 weiterverkauft worden waren, hatten einen Eigentümer mit Sitz in Deutschland. <

Quelle: Christoph Scheuplein: Wie entwickeln sich Unternehmen mit Private-Equity-Eigentümern in Deutschland? Study der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 447, Oktober 2020

Betriebe müssen sich auf Ältere einstellen

Die Zahl der älteren Beschäftigten ist stark gestiegen. Das stellt viele Betriebe vor Herausforderungen. Besonders betroffen sind Gesundheitsberufe und die Finanzbranche.

Die deutsche Erwerbsbevölkerung ist in den vergangenen Jahren gealtert. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Alter von 50 bis 67 Jahren nahm zwischen 2013 und 2019 von 8,7 auf 11,4 Millionen zu. Das entspricht einem Anstieg von knapp 31 Prozent. Demgegenüber wuchs die Zahl der Beschäftigten zwischen 16 und 49 Jahren um gut sechs Prozent von 20,3 auf 21,6 Millionen. Die jüngeren Beschäftigten sind zwar immer noch klar in der Mehrheit, ihr Anteil ist allerdings deutlich geringer geworden. Das zeigt der Altersübergangsreport des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ), den die Hans-Böckler-Stiftung gefördert hat.

Der Arbeitsmarkt sei durch eine „doppelte Alterung“ gekennzeichnet, schreiben Susanne Drescher und Martin Brüssig vom IAQ in dem Report. Zum einen gingen die Menschen erst später in den Ruhestand, auch weil Möglichkeiten der Frühverrentung abgeschafft worden seien. Zum anderen erreichten zuletzt mehr und mehr Babyboomer, also Menschen, die in den geburtenstarken Jahren von 1955 bis 1969 auf die Welt gekommen sind, die Spätphase ihres Erwerbslebens.

Die Zahl der älteren Beschäftigten ist zum Beispiel in den medizinischen Gesundheitsberufen besonders stark gestiegen. Dort nahm sie zwischen 2013 und 2019 um fast 38 Prozent zu. Eine ähnliche Entwicklung gab es in Gartenbau und Floristik sowie in Einkaufs-, Vertriebs- und Handelsberufen.

Anders liegt der Fall in den Bereichen Finanzdienstleistung, Rechnungswesen und Steuerberatung. Hier ergibt sich die stärkere Alterung nicht dadurch, dass die Zahl der Älteren gestiegen ist, sondern dadurch, dass weniger Jüngere nachgekommen sind. Die Zahl der jüngeren Beschäftigten ist hier um zehn Prozent gesunken. „Ein Grund für diese Entwicklung können strukturelle Veränderungen sein“, schreiben Drescher und Brüssig. Der Einsatz digitaler Technologien wie Online-Banking oder Apps zur Anfertigung einer Steuererklärung könnten zu einem Beschäftigungsabbau geführt haben. Eine „unterdurchschnittliche Alterung“ haben die Forscher hingegen in den Bereichen Verkehr und Logistik, Reinigung sowie Recht und Verwaltung beobachtet.

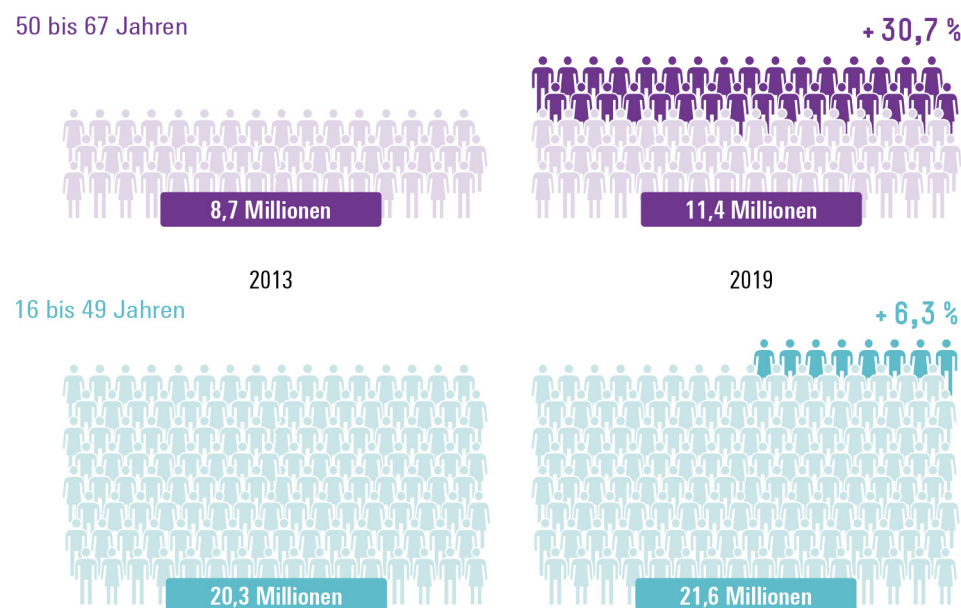
Betriebe aller Branchen müssten sich „auf eine zunehmende Anzahl an älteren Beschäftigten und damit einhergehende Besonderheiten einstellen“, so die Forscher. Ältere könnten umfassendes Wissen anbieten. Dies berge jedoch die Gefahr, dass – wenn die Babyboomer in Rente gehen – die Betriebe einen großen Teil an Fachwissen und Erfahrung ihrer Fachkräfte verlieren. Außerdem steige mit dem Alter das Risiko einer längeren gesundheitsbedingten Unterbrechung. Eine vorausschauende Personalarbeit könne solche Gefahren und Risiken jedoch ausgleichen: durch eine gut geplante Weitergabe des Wissens von Alt zu Jung und durch ein betriebliches Gesundheitsmanage-

ment, von dem nicht nur die Älteren profitieren.

Wie sich die Coronakrise auf die Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung auswirken wird, sei noch offen, schreiben Drescher und Brüssig. Zur Jahresmitte sei die Arbeitslosenquote der Älteren zwar infolge der Krise gestiegen, aber nicht deutlich stärker als in anderen Altersgruppen. Gleichwohl sei zu vermuten, dass ein Stellenabbau in Branchen, die stark von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie betroffen sind, in den kommenden Jahren besonders die Älteren treffen könnte. <

Die Erwerbsbevölkerung altert

So entwickelte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Alter von...



Quelle: Brüssig, Drescher 2020

Hans Böckler
Stiftung

Quelle: Susanne Drescher, Martin Brüssig:
Die Anzahl der älteren sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm bis 2019 in allen Berufen zu – aber unterschiedlich stark, Altersübergangsreport 3/2020, Oktober 2020

Facharbeit bleibt gefragt

Fähigkeiten von Facharbeitern bleiben in der metallverarbeitenden Industrie auch künftig gefragt. Um mit der Digitalisierung Schritt zu halten, müssen Unternehmen mehr weiterbilden.

Verdrängen Roboter und Künstliche Intelligenz bald Arbeiter und menschlichen Verstand? Manchen dramatischen Szenarien zufolge könnte die Entwicklung zur Industrie 4.0 auf menschenleere Fabriken hinauslaufen. Was tatsächlich auf Facharbeiter zukommt, haben Wissenschaftler um den Professor für Produktionssystematik Günther Schuh von der RWTH Aachen am Beispiel der metallverarbeitenden Industrie untersucht. Im Mittelpunkt ihrer Analyse, die von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde, steht die Situation in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Den Ergebnissen zufolge sind dort keine massiven Jobverluste zu erwarten. Die Beschäftigten in der Produktion müssen aber mit neuen Anforderungen zurechtkommen und viele KMU haben dafür bislang nicht die nötigen Weiterbildungskapazitäten. Lernfabriken könnten dazu beitragen, die nötige Qualifizierung zu gewährleisten.

Für ihre Untersuchung haben die Forscher in drei mittelständischen Betrieben 30 Industrie-, Werkzeug- und Zerspanungsmechaniker bis zu eine Woche am Arbeitsplatz begleitet und die Arbeitsabläufe detailliert erfasst. Zusätzlich wurden Interviews mit den Beschäftigten sowie mit Experten aus Industrie, Wissenschaft, Gewerkschaften und Verbänden geführt.

Die Analyse der dokumentierten Tätigkeiten zeigt, dass der Umgang mit digitaler Technologie im Produktionsalltag von KMU zurzeit allenfalls eine untergeordnete Rolle spielt. Facharbeiter sind demnach den größten Teil ihrer Arbeitszeit mit komplexer Fertigung und Montage, dem Rüsten und Bedienen von Maschinen und Anlagen sowie Prozessüberwachung beschäftigt. Genuin digitale Anwendungen – wie zum Beispiel Programmieren oder die Verarbeitung digitaler Informationen – kommen zwar durchaus vor, machen zeitlich aber nur einen „sehr geringen Anteil“ der Tätigkeiten aus.

Der Studie zufolge dürfte sich das nur langsam ändern: Eine breite Anwendung von Industrie-4.0-Lösungen wie maschinellem Lernen, 3D-Druck oder intelligenten Produktionsrobotern, die die konventionellen Tätigkeiten der Beschäftigten in der mechanischen Fertigung verdrängen, sei für KMU in der metallverarbeitenden Industrie aktuell und in näherer Zukunft nicht zu erwarten. Bevor es dazu kommt, müssten viele Betriebe in einem ersten Schritt überhaupt erst „Grundzüge der Digitalisierung“ umsetzen und zum Beispiel konsequent auf Informationsverarbeitung per Tablet und Computer statt auf Papier setzen.

Zwar sei davon auszugehen, dass Unternehmen, die bisher ihre Produktion nicht digitalisiert haben, dies mit hoher Wahrscheinlichkeit in den nächsten Jahren zumindest teilweise nachholen werden, sodass der Umgang mit digitalen Hilfsmitteln zum Standard wird. Gravierende Auswirkungen auf das Beschäftigungsniveau scheinen aber nicht zu drohen: Geringqualifizierte auf breiter Front durch Technik zu

ersetzen, sei wegen der hohen Automatisierungskosten zumindest kurz- bis mittelfristig nicht rentabel, schreiben die Forscher. Facharbeiter wiederum dürften für die Bedienung und Überwachung von Maschinen und Anlagen auch künftig unentbehrlich bleiben. Es sei allerdings anzunehmen, dass sie ihre Kompetenzen erweitern müssen: Künftig dürften die Interpretation von Daten, das Arbeiten in interdisziplinären Teams und ein ausgeprägtes „Gesamtprozessverständnis“ wichtiger werden.

Der prognostizierte Qualifizierungsbedarf werde durch die Berufsausbildung nur teilweise abgedeckt, heißt es in der Studie. Während Auszubildende in größeren Unternehmen zunehmend Gelegenheit haben, auch Industrie-4.0-Anwendungen kennenzulernen, sei das bei einem Großteil der KMU nicht möglich. Den Umgang mit entsprechenden Technologien verpflichtend in die Ausbildungsordnungen aufzunehmen, würde dazu führen, dass diese Betriebe nicht mehr ausbilden können, und wäre daher wenig empfehlenswert. Gleichzeitig seien digitale Kompetenzen von elementarer Bedeutung für die langfristige Beschäftigungsfähigkeit, zumal etliche Azubis nach der Ausbildung das Unternehmen wechseln.

Die Lücke bei den digitalen Fähigkeiten müsse daher durch Weiterbildung geschlossen werden, so die Autoren. Das Problem: Bisher gebe es kaum Weiterbildungsangebote, die sich explizit an KMU-Mitarbeiter in der Produktion richten. Aus Sicht der Forscher wären außerbetriebliche Lernfabriken am besten geeignet, Abhilfe zu schaffen: Dort könnte Beschäftigten „Lernen im Prozess“ ermöglicht werden – und zwar unabhängig vom Digitalisierungsgrad ihres Unternehmens. <

Quelle: Günther Schuh, Christoph Kelzenberg, Jens Helbig, Tim Graberg: Kompetenzprofile in einer digital vernetzten Produktion, Working Paper der Forschungsförderung der HBS Nr. 198, November 2020



IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Michael Guggemos, Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne,
Silke Böllinger

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-631

Druck und Versand: digiteam · Volkardey Straße 1 · 40878 Ratingen

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei
www.boecklerimpuls.de

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls.
Die Printausgabe können Sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns
eine E-Mail an redaktion-impuls@boeckler.de

Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe bestellen:
www.boeckler.de/impuls-bestellen.htm

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung
Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:
https://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

GESUNDHEIT

Wenig Wiedereingliederung

Das Angebot für ein betriebliches Eingliederungsmanagement* erhielten 2018 von den anspruchsberechtigten Beschäftigten ...

in Betrieben mit mehr als 250 Beschäftigten	50 %
in Betrieben mit weniger als 250 Beschäftigten	36 %
im öffentlichen Dienst	50 %
in der Industrie	45 %
im Handwerk	34 %
in der Dienstleistungsbranche	32 %
insgesamt	40 %

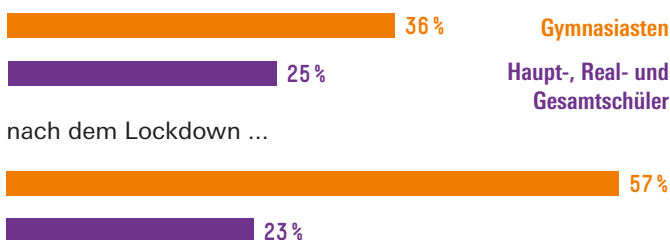
* gesetzlich vorgeschrieben nach sechs Wochen Krankheit

Quelle: BAuA, November 2020

BILDUNG

Ungleicher Zugang zu Video-Unterricht

Zugang zu Lerninhalten via Videokonferenz hatten während des Lockdowns im Frühjahr 2020 ...

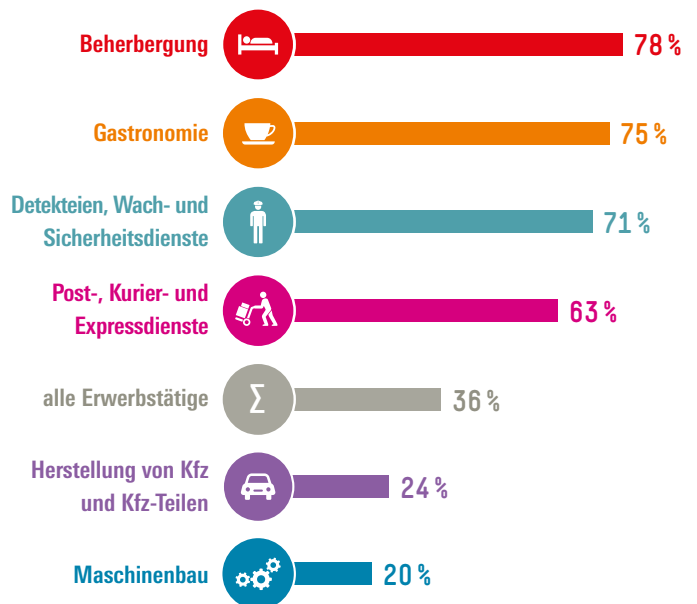


Quelle: DIW, November 2020

ARBEITSZEIT

Arbeit statt Wochenende

Auch am Wochenende und an Feiertagen arbeiteten 2019 von den Beschäftigten im Bereich ...



Quelle: WZB, November 2020

ARBEITSMARKT

Geringqualifizierte ohne Weiterbildung

Der technologische Wandel könnte zu einer weiteren Polarisierung des Arbeitsmarktes führen, stellt das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) in einer aktuellen Studie fest. Demnach haben insbesondere Beschäftigte, deren Arbeit leicht durch Maschinen ersetzt werden kann, wenig Zugang zu Weiterbildungsangeboten. Zu einem besseren Zugang können unter anderem starke Gewerkschaften beitragen.

Quelle: Destatis, November 2020